

P Protokoll der 38. Bundesmitgliederversammlung von Campusgrün in Mainz

Gremium: Campusgrün Bundesvorstand

Beschlussdatum: 24.06.2019

Tagesordnungspunkt: 1.1.6 Beschluss des Protokolls der 38. Bundesmitgliederversammlung

Antragstext

1 Protokoll der 38. Bundesmitgliederversammlung von Campusgrün in Mainz am 24.11.
2 und 25.11.2018

3 Samstag 24.11.2018

4 Ort: Landesgeschäftsstelle der Grünen Rheinland-Pfalz

5 Beginn um 9:44 Uhr

6 TOP 1 Begrüßung

7 Die Anwesenden werden vom Bundesvorstand begrüßt.

8 TOP 2 Formalia

9 TOP 2.1 Wahl der Redeleitung

10 Der Bundesvorstand schlägt Sara, Theo und Lena vor.

11 Wahl: einstimmig gewählt bei einigen Enthaltungen.

12 TOP 2.2 Wahl der Protokollant*innen

13 Die Sitzungsleitung schlägt Daniel vor.

14 Wahl: einstimmig gewählt bei einigen Enthaltungen.

15 TOP 2.3 Beschluss der Tagesordnung

16 Vorschlag des Bundesvorstandes:

17 1. Begrüßung

18 2. Formalia

19 2.1 Wahl der Redeleitung

20 2.2 Wahl der Protokollant*innen

21 2.3 Beschluss der Tagesordnung

22 2.4 Beschluss der Geschäftsordnung

23 2.5 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Anwesenheit

24 2.6 Beschluss des Protokolls der 37. Bundesmitgliederversammlung

25 3. Aufnahme neuer Landesverbände

26 4. Aufnahme neuer Gruppen

27 5. Bericht des Bundesvorstands

28 6. Aussprache zum Bericht

- 29 7. Entlastung des Bundesvorstands
- 30 8. Haushalt 2018/19
- 31 9. Wahlen Bundesvorstand
- 32 9.1 2*Sprecher*innen
- 33 9.2 Politische*r Geschäftsführer*in
- 34 9.3 Bundeschatzmeister*in
- 35 9.4 4*Beisitzer*innen
- 36 9.5 3*Bildungswerk-Vorstand (aus dem BuVo, BuVo schlägt vor)
- 37 10. Wahl 2*Rechnungsprüfer*innen
- 38 11. Anträge
- 39 11.1 Satzungsändernde Anträge
- 40 11.2 Ordnungsändernde Anträge
- 41 11.3 Inhaltliche Anträge
- 42 12. Termine
- 43 13. Sonstiges
- 44 Ergänzungsvorschlag des Bundesvorstandes: Aufnahme von
- 45 7.1 Entlastung BuVo 16/17
- 46 7.2 Entlastung BuVo 17/18
- 47 Abstimmung über die Ergänzung: einstimmig angenommen
- 48 Abstimmung über folgende geänderte Tagesordnung:
- 49 1. Begrüßung
- 50 2. Formalia
- 51 2.1 Wahl der Redeleitung
- 52 2.2 Wahl der Protokollant*innen
- 53 2.3 Beschluss der Tagesordnung
- 54 2.4 Beschluss der Geschäftsordnung
- 55 2.5 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Anwesenheit
- 56 2.6 Beschluss des Protokolls der 37. Bundesmitgliederversammlung
- 57 3. Aufnahme neuer Landesverbände
- 58 4. Aufnahme neuer Gruppen
- 59 5. Bericht des Bundesvorstands
- 60 6. Aussprache zum Bericht
- 61 7. Entlastung des Bundesvorstands

- 62 7.1 Entlastung BuVo 16/17
- 63 7.2 Entlastung BuVo 17/18
- 64 8. Haushalt 2018/19
- 65 9. Wahlen Bundesvorstand
- 66 9.1 2*Sprecher*innen
- 67 9.2 Politische*r Geschäftsführer*in
- 68 9.3 Bundeschatzmeister*in
- 69 9.4 4*Beisitzer*innen
- 70 9.5 3*Bildungswerk-Vorstand (aus dem BuVo, BuVo schlägt vor)
- 71 10. Wahl 2*Rechnungsprüfer*innen
- 72 11. Anträge
- 73 11.1 Satzungsändernde Anträge
- 74 11.2 Ordnungsändernde Anträge
- 75 11.3 Inhaltliche Anträge
- 76 12. Termine
- 77 13. Sonstiges
- 78 einstimmig angenommen.
- 79 TOP 2.4 Beschluss der Geschäftsordnung
- 80 Die Geschäftsordnung wird ohne Änderungen einstimmig beschlossen.
- 81 TOP 2.4 Beschluss der Beschlussfähigkeit und Anwesenheit
- 82 Es sind 20 Gruppen anwesend, damit ist die Beschlussfähigkeit festgestellt.
- 83 Anwesende Personen und Gruppen:
- 84 Leonie Scharf Berlin Gast
- 85 Lara Volkmer Campus Grün HHU Düsseldorf Delegiert
- 86 Daniel Laps Campus Grün HHU Düsseldorf Delegiert
- 87 Tomke Appeldorn Lüneburg Gast
- 88 Fiona Wemmer Campusgrün Lüneburg Delegierte*r
- 89 Larissa Stumpe Leuphana Universität Lüneburg Delegierte*r
- 90 Dennis Pirdzuns GHG Wuppertal Delegiert
- 91 Franziska Ehrhardt GHG Stuttgart Delegierte*r
- 92 Marc Schmidt GHG Stuttgart Delegierte*r
- 93 David Scholand GHG Tübingen Delegierte*r
- 94 Naomi Mansour Albert-Ludwigs-Uni Freiburg Delegierte*r

- 95 Timo Zeimet CampusGrün Uni Hamburg Delegiert
- 96 Nadja Abd El Hafez CampusGrün Uni Hamburg Delegierte*r
- 97 Armin Günther CampusGrün Uni Hamburg Delegierte*r
- 98 Julian Knapheide Hochschule Harz Delegierte*r
- 99 Helena Post Campus Grün Oldenburg Delegierte*r
- 100 Max Wevelsiep Universität Oldenburg, CampusGrün Delegierte*r
- 101 David Dohmann Campus Grün Oldenburg Gast
- 102 Danny Behrendt Campus Grün Landau Delegiert
- 103 Sara Movahedian Campusgrün Münster Delegierte*r
- 104 Niko Südmersen Campusgrün Münster Delegierte*r
- 105 Jannik Volk Campusgrün Mainz Delegiert
- 106 Svenja Büscher JGH Mainz Gast
- 107 Madelaine Stahl CampusGrün Marburg Delegierte*r
- 108 Lena Gieseke Hochschule Stendal Delegierte*r
- 109 Marianne Böhm Grüne Hochschulgruppe Würzburg Delegiert
- 110 Chris Rettner Würzburg Delegiert
- 111 Theodor Frank Bonn Delegierte*r
- 112 Lena Engel Grüne Hochschulgruppe Bonn Delegierte*r
- 113 Bastian Paul Illesy Grüne Hochschulgruppe Jena Delegiert
- 114 Anika Schmütz TU Darmstadt Delegierte*r
- 115 Emily Braum Campus Grün Landau Delegierte*r
- 116 René Bloch OGH Oldenburg Delegierte*r
- 117 Lisa Sowa Frankfurt Delegiert
- 118 Moritz Schmitthenner Frankfurt Delegiert
- 119 Jakob Dingel Frankfurt Gast
- 120 Dennis Eisermann GHG Augsburg Delegierte*r
- 121 Matthias Weigl Passau Delegierte*r
- 122 Ida Patzelt Campusgrün Mainz Delegiert
- 123 TOP 2.6 Beschluss des Protokolls der 37. Bundesmitgliederversammlung
- 124 Das Protokoll wird einstimmig bei einigen Enthaltungen angenommen.
- 125 TOP 3 Aufnahme neuer Landesverbände
- 126 Es liegen keine Aufnahmeanträge vor.
- 127 TOP 4 Aufnahme neuer Gruppen

- 128 Die Grüne Hochschulgruppe Jena stellt sich vor.
- 129 Abstimmung: Der Aufnahmeantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.
- 130 Der Antrag von LinksGrünVersifft von der HU Berlin wird vorgestellt.
- 131 Abstimmung: Der Aufnahmeantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.
- 132 GO-Antrag: Vertagung des Tagesordnungspunktes.
- 133 Keine Gegenrede, daher angenommen.
- 134 TOP 5+6 Bericht des Bundesvorstandes/Aussprache zum Bericht
- 135 Der Bundesvorstand berichtet von seiner Arbeit der abgelaufenen
- 136 Amtszeit.
- 137 TOP 7 Entlastung des Bundesvorstandes
- 138 TOP 7.1 Entlastung BuVo 16/17
- 139 Bericht der Rechnungsprüfung wird vorgelesen:
- 140 Abstimmung über die Entlastung des Vorstandes des Haushaltsjahres 2016/2017:
- 141 Angenommen
- 142 TOP 7.2 Entlastung BuVo 17/18
- 143 Bericht der Rechnungsprüfung wird vorgelesen:
- 144 Die Rechnungsprüfung habe ich, Pascal Klons, heute, am 22. November 2018,
- 145 durchgeführt. Hierbei habe ich geprüft, ob die Beträge auf den Belegen und
- 146 Rechnungen mit den Posten in der Übersicht (Excel-Datei) übereinstimmen. Zudem
- 147 habe ich geprüft, ob alle Rechnungen/Belege für die erstatteten Gelder wie bspw.
- 148 Fahrtkosten vorhanden sind. Die Rechnungsführung ist für mich insgesamt
- 149 nachvollziehbar. Für eine Belegnummer (1232-2018 Fahrtkosten 69,50 €) fehlten
- 150 mir die Unterlagen. Ansonsten stimmten die Beträge auf den Belegen mit denen in
- 151 der Übersicht überein. Bis auf drei Ausnahmen sind alle Ausgaben durch
- 152 Rechnungen/Belege begründet. Bei den Belegnummern 1115-2018 und 1245-2018 fehlen
- 153 die Rechnungen für die Rückfahrttickets. Für 1246-2018 fehlen die Originalbelege
- 154 komplett. Die fehlenden Unterlagen/Rechnungen sollten wenn möglich noch
- 155 nachgereicht werden. Nichtsdestotrotz sind die Ausgaben auch ohne Rechnung
- 156 nachvollziehbar, weswegen ich keine Bedenken habe die Entlastung des
- 157 Bundesvorstandes zu empfehlen.
- 158 Abstimmung über die Entlastung des Vorstandes des Haushaltsjahres 2017/2018:
- 159 Angenommen
- 160 TOP 8 Finanzen
- 161 Lena stellt den Haushalt des Campusgrünen Bildungswerks e.V. mit Hilfe eines
- 162 Diagramms vor. Mehrere Anwesende bemängeln, dass ein Diagramm nicht die
- 163 Aussagekraft eines Haushaltsplan hat. Lena stellt klar, dass der Haushalt des
- 164 Bildungswerks nicht der Haushalt ist über den die Mitgliederversammlung
- 165 abstimmt. Dieser wird am nächsten Tag auf der Mitgliederversammlung des
- 166 Bildungswerks, die nach Ende des Mitgliederversammlung von Campusgrün
- 167 stattfindet, abgestimmt. Der Haushalt des Bildungswerkes wird nur aus Gründen

- 168 der Transparenz vorgestellt, da ein Großteil der Finanzen des Bundesverbandes
169 über das Bildungswerk abgewickelt werden.
- 170 Es wird die Frage gestellt, ob Campusgrün ausreichend Mitspracherecht im
171 Bildungswerk hat. Antwort: Die Hälfte der Sitze im Vorstand werden aus der Mitte
172 des Bundesvorstandes von der Mitgliederversammlung gewählt, sodass der Vorstand
173 des Bildungswerkes keine Entscheidung gegen den Willen des Bundesvorstandes von
174 Campusgrün treffen kann.
- 175 Es wird nochmal der Wunsch geäußert den Haushalt im Detail vorgelegt zu
176 bekommen. Diesem Wunsch kann nicht sofort gefolgt werden, aber es wird
177 versprochen noch im Lauf der Mitgliederversammlung dem Wunsch zu entsprechen.
- 178 GO-Antrag: Vertagung des Tagesordnungspunktes.
- 179 Keine Gegenrede, daher angenommen.
- 180 TOP 9 Wahlen Bundesvorstand
- 181 TOP 9.1 2*Sprecherinnen
- 182 Tomke Appeldorn stellt sich vor.
- 183 Wahlergebnis (ja/nein/enthalten): 27/0/2
- 184 ungültige Stimmen: 1
- 185 Tomke ist damit gewählt und sie nimmt die Wahl an.
- 186 Felix Schmitz stellt sich vor.
- 187 Wahlergebnis: 30/0/0
- 188 Ungültige Stimmen: 1
- 189 Felix wird gewählt und er nimmt die Wahl an.
- 190 TOP 9.2 Politische*r Geschäftsführer*in
- 191 Dennis Pirdzuns stellt sich vor.
- 192 Wahlergebnis: 29/0/2
- 193 Ungültige Stimmen: 0
- 194 Dennis ist damit gewählt und er nimmt die Wahl an.
- 195 TOP 9.3 Bundeschatzmeister*in
- 196 Lena Gieseke stellt sich vor.
- 197 Wahlergebnis: 27/0/3
- 198 Ungültig: 1
- 199 Lena ist damit gewählt und sie nimmt die Wahl an.
- 200 TOP 9.4 4*Beisitzer*innen
- 201 Ida Patzelt stellt sich vor.
- 202 Im Folgenden werden kritische Nachfragen zu Idas Engagement im ATV Silesia zu
203 Mainz gestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass die Kandidatur zum

- 204 Bundesvorstand mit der Mitgliedschaft einer Verbindung nach § 8 Abs. 5 der
205 Satzung unvereinbar ist.
- 206 Ida gibt an zwar im Wohnheim der Verbindung und an den Veranstaltungen der
207 Verbindung teilzunehmen, aber nicht Mitglied zu sein.
- 208 GO-Antrag: Unterbrechung der Sitzung.
- 209 Keine Gegenrede, daher angenommen.
- 210 Die Sitzungsleitung stellt fest, dass nicht abschließend geklärt werden kann, ob
211 Idas Kandidatur satzungsgemäß ist und daher keine Wahl zum jetzigen Zeitpunkt
212 möglich ist.
- 213 Auf Vorschlag der Sitzungsleitung beschließt die Mitgliederversammlung gemäß § 2
214 Abs. 1 alt. d) der Schiedsgerichtsordnung das Schiedsgericht anzurufen, um zu
215 klären, wie bei einer Kandidatur die Mitgliedschaft in einer Verbindung zu
216 prüfen ist und ab welchem Grad des Engagement in einer Verbindung eine
217 Kandidatur nicht satzungsgemäß ist.
- 218 Nadia Abd El Hafez stellt sich vor.
- 219 Wahlergebnis: 23/3/4
- 220 Ungültige Stimmen: 1
- 221 Nadia ist damit gewählt und sie nimmt die Wahl an.
- 222 Danny Behrendt, Jannik Volk und Niko Südmersen stellen sich vor. Es ist nur noch
223 ein Platz für einen offenen Beisitzer frei.
- 224 Wahlergebnis:
- 225 Danny: 16
- 226 Jannik: 9
- 227 Niko: 6
- 228 Danny ist damit gewählt und er nimmt die Wahl an.
- 229 TOP 9.5. 3*Bildungswerk-Vorstand (aus dem BuVo, BuVo schlägt vor)
- 230 Felix, Dennis und Lena werden vom BuVo vorgeschlagen und sollen in den
231 Bildungswerk-Vorstand entsandt werden.
- 232 Wahlergebnis:
- 233 Dennis: 24/0/1
- 234 Felix: 25/0/0
- 235 Lena: 23/1/1
- 236 Ungültige Stimmen: 4
- 237 Alle nehmen die Wahl an.
- 238 TOP 10 Wahl 2*Rechnungsprüfer*innen
- 239 Lara Volkmer und Bastian Illesy stellen sich vor.

- 240 Wahlergebnis:
- 241 Lara: 21/1/3
- 242 Basti: 23/0/2
- 243 Ungültige Stimme: 4
- 244 Beide sind damit gewählt und nehmen die Wahl an.
- 245 TOP 11 Anträge
- 246 TOP 11.1 Satzungsändernde Anträge
- 247 Es liegen keine satzungsändernden Anträge vor.
- 248 TOP 11.2 Ordnungsändernde Anträge
- 249 Es liegen keine ordnungsändernden Anträge vor.
- 250 TOP 11.3 Inhaltliche Anträge
- 251 Antrag A5: Numerus Clausus: die Not muss ein Ende finden (Bundesvorstand,
252 beschlossen am 24.11.2018)
- 253 Antrag wird vom Bundesvorstand eingebracht.
- 254 Es wird eine neue Version vorgeschlagen, die den alten Antrag ersetzt.
- 255 Dies wird von den Antragsteller*innen übernommen.
- 256 Abstimmung: Der geänderte Antrag (A5NEU3) wird angenommen.
- 257 Antrag A1: Solidarität mit den um ihre Verfasstheit kämpfenden
258 Studierendenschaften (CampusGrün Uni Hamburg, beschlossen am 29.10.2018)
- 259 Der Antrag wird von Achim eingebracht.
- 260 Es liegen keine Änderungsanträge vor.
- 261 Abstimmung: Der Antrag wird angenommen.
- 262 Antrag A2NEU: Gegen jeden Neoliberalismus! (CampusGrün Uni Hamburg, beschlossen
263 am 29.10.2018)
- 264 Der Antrag wird von Achim eingebracht.
- 265 <Änderungsanträge>
- 266 Änderungsantrag Ä1 zu A2NEU angenommen.
- 267 Justus zieht seinen Änderungsantrag zurück, um zwei neue zu stellen.
- 268 Änderungsantrag 1 von Justus abgelehnt.
- 269 Änderungsantrag 2 von Justus abgelehnt.
- 270 Abstimmung über A2NEU: Antrag wird angenommen.
- 271 Antrag A3NEU9: Digitalisierung studieren: Mit grünen Ideen in die Zukunft!
272 (CampusGrün Landesverband Baden-Württemberg, beschlossen am 25.11.2018)
- 273 Der Antrag wird vom Landesverband Baden-Württemberg eingebracht.

274 <Änderungsanträge>

275 Änderungsantrag Ä1 zu A3NEU8: abgelehnt

276 Änderungsantrag Ä2 zu A3NEU5: wird von den Antragsstellenden übernommen

277 Änderungsantrag Ä4 zu A3NEU6: übernommen

278 Änderungsantrag Ä5 zu A3NEU7: übernommen

279 Änderungsantrag Ä3 zu A3NEU8: zurückgezogen

280 Neuer Änderungsantrag von Daniel: übernommen

281 Abstimmung über A3NEU9: Antrag wird angenommen.

282 GO-Antrag: Vertagung des Tagesordnungspunktes.

283 Keine Gegenrede, daher angenommen.

284 TOP 8 Finanzen (Fortführung)

285 Der Haushalt soll auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.

286 Im Anhang findet sich die Präsentation inklusive des Haushaltsplans 2018 und dem
287 Entwurf für 2019.

288 TOP 4 Aufnahme neuer Gruppen (Fortführung)

289 Die Campus Grün Oldenburg und die Offene Gründe Hochschulgruppe Oldenburg
290 stellen sich vor.

291 Antrag von Dennis von der Ausnahmeregelung des § 5 Abs. 2 Satz 3 Gebrauch zu
292 machen und zwei Gruppen einer Hochschule zuzulassen.

293 Begründung: Die Mitglieder der Mitgliederversammlung sind nicht in der Lage
294 anhand der vorliegenden Informationen zu entscheiden, welche Gruppe eher
295 aufzunehmen ist.

296 GO-Antrag auf geheime Abstimmung.

297 Stellungnahme des Bundesverbandes: Der Bundesvorstand spricht sich dafür aus,
298 weder beide Gruppen unter der Ausnahmeregelung aufzunehmen, noch eine der beiden
299 Gruppen zum jetzigen Zeitpunkt einzeln aufzunehmen.

300 Abstimmung: Der Antrag auf Aufnahme unter der Ausnahmeregelung nach § 5 Abs. 2
301 Satz 3 der Satzung wird abgelehnt.

302 Abstimmung über die beiden Mitgliedsanträge.

303 GO-Antrag auf geheime Abstimmung.

304 Keiner der beiden Anträge kann die absolute Mehrheit auf sich vereinen. Damit
305 sind beide Anträge abgelehnt.

306 Auf Vorschlag von Dennis beschließt die Mitgliederversammlung gemäß § 2 Abs. 1
307 alt. a) das Schiedsgericht anzurufen, um zu klären, inwieweit der Vorwurf an
308 Campus Grün Oldenburg antisemitisches Verhalten an den Tag zu legen und der
309 Vorwurf an die Grüne Hochschulgruppe Oldenburg inaktiv zu sein zu treffen.

310 Die Mitgliederversammlung beschließt, den Bundesvorstand von Campusgrün
311 aufzufordern die Durchsetzung der Namensrechte des Verbandes gegenüber
312 Mitgliedgruppen zu prüfen.

313 TOP 11.3 Inhaltliche Anträge

314 Antrag A4NEU: Position von Campusgrün zur Europäischen Union und europäischen
315 Hochschulnetzwerken (Bundesvorstand Campusgrün, beschlossen am 07.11.2018)

316 Der Antrag, sowie die beiden Globalalternativen Ä2 (Theo Frank, GHG Bonn; Ben
317 Seel, GHSF Frankfurt am Main) und Ä3 (Armin Günther, CG-Hamburg) werden
318 eingebracht.

319 Die Sitzungsleitung schlägt folgende Abstimmungsreihenfolge vor: Ä3, Ä2,
320 Ursprungsantrag. Kein Widerspruch.

321 Änderungsantrag Ä3 abgelehnt.

322 Änderungsantrag Ä2 angenommen.

323 Weitere Abstimmungen entfallen durch die Annahme von Ä2.

324 TOP 12. Termine

325 Campusgrün Hamburg bietet Veranstaltungen zum Thema Ökosozialismus an. Weitere
326 Infos folgen.

327 TOP 13. Sonstiges

328 Ende der Versammlung um 15:45 Uhr.

329 Mainz, 25.11.2018

330 _____

331 Daniel Laps

332

333 **Anhang mit beschlossenen Anträgen und** 334 **Änderungsanträgen**

335 A1: Solidarität mit den um ihre Verfasstheit kämpfenden Studierendenschaften
336 (angenommen)

337 (Antragssteller: CampusGrün Uni Hamburg, beschlossen am 29.10.2018)

338 Demokratie ist keine abstrakte Idee, sondern benötigt zu ihrer Realisierung
339 kritische Individuen, die sich mit gesellschaftlichen Verhältnissen
340 auseinandersetzen, sie analysieren und gegen Missstände vorgehen. Campusgrün
341 zeigt sich solidarisch mit den U-AStA-Strukturen und studentischen Initiativen
342 in Bayern und unterstützt Kampagnen zur Wiedereinführung der dortigen Verfassten
343 Studierendenschaften. Campusgrün erklärt sich darüber hinaus solidarisch mit
344 allen anderen Studierendenschaften, die gegen rechte Kräfte um den Erhalt ihres
345 Mandats kämpfen müssen. Studentische Selbstorganisation, das allgemeinpolitische
346 Mandat und die Finanzautonomie der Studierendenschaft sind notwendige
347 Bedingungen für demokratische Universitäten. Für eine sinnvolle bundesweite

348 Vernetzung unterstützt Campusgrün ausdrücklich auch den freien Zusammenschluss
349 von student*innenschaften (fzs).

350 Die Verfasste Studierendenschaft wurde als Reaktion auf die 68er-Bewegung und
351 das verstärkte Eingreifen in allgmeinpolitische Auseinandersetzungen für ein
352 menschenwürdiges Leben für alle in Bayern 1973 abgeschafft und vier Jahre später
353 in Baden-Württemberg. In den damals CDU/CSU-geführten Bundesländern wurde zur
354 Begründung der Entdemokratisierung von Hochschulen der Mythos bemüht, es gelte,
355 einen linksterroristischen "Sumpf" auszutrocknen. Dass es ein Angriff auf die
356 Meinungsfreiheit und die demokratischen Grundwerte ist, kritische Stimmen auf
357 diesem Weg zum Schweigen zu bringen, ignorierten die damaligen Regierungen.
358 Ebenso, dass die Studierendenvertretungen nach dem Zweiten Weltkrieg in
359 Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeutung von Universitäten mit dem Ziel
360 geschaffen wurden, wieder demokratische Strukturen in Deutschland aufzubauen.
361 Denn jedes System kann nur dann ein demokratisches sein, wenn es in all seinen
362 Instanzen demokratisch organisiert ist. Auf das Verhältnis von Staat und
363 Universität bezogen ist dies besonders relevant, da Universitäten einen
364 Bildungsauftrag zu erfüllen und Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu
365 finden haben. Um solche Probleme durch demokratische Prozesse erfassen,
366 analysieren und bearbeiten zu können, bedarf es selbstverständlich einer
367 demokratisch legitimierten und gesetzlich verankerten Vertretung der größten
368 Mitgliedergruppe einer Universität durch eine Verfasste Studierendenschaft. Es
369 überrascht nicht, dass die Entscheidungen von 1973 und 1977 unter den beiden
370 Ministerpräsidenten Alfons Goppel, einem ehemaligen Mitglied der SA und der
371 NSDAP, bzw. Hans Filbinger, einem ehemaligen NS-Marinerichter, fielen.

372 Seit dieser Zeit haben Studierende permanent auf dieses undemokratische
373 Missverhältnis hingewiesen. Denn nur unabhängige, selbstorganisierte und
374 demokratische Verfasste Studierendenschaften bieten die Bedingungen für eine
375 umfassende Vertretung der Interessen der Studierenden und gute Bedingungen für
376 die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung von Universitäten. Es
377 müssen überall die Bedingungen hergestellt werden, die politischen, sozialen und
378 kulturellen Belange der Studierenden innerhalb der Universität und nach außen
379 repräsentieren zu können. So ist z.B. die Finanzautonomie notwendig, um
380 handlungsfähig zu sein und nicht, wie beispielsweise in Bayern, auf geringe
381 finanzielle Mittel, die durch die Universitätsleitung gönnerhaft und unter
382 Abgleich mit den eigenen Interessen je im Einzelfall "bewilligt" werden,
383 abhängig zu sein. Dafür ist das allgmeinpolitische Mandat wesentlich. Konflikte
384 an Hochschulen entstehen nie im luftleeren Raum, sondern sind Ausdruck von
385 gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Deshalb sind sie auch nicht davon
386 losgelöst zu betrachten, sondern müssen kontextualisiert und politisch entlang
387 gesellschaftlicher Konfliktlinien diskutiert werden. Wir fordern deshalb freie
388 Meinungsäußerung für unabhängige Verfasste Studierendenschaften, um politische
389 Handlungsfähigkeit herzustellen und zu sichern! Hochschulpolitik als
390 Gesellschaftspolitik ist ganz akut notwendig, das zeigen auch die neuen
391 Autoritäts-Maßnahmen in Bayern und Baden-Württemberg. So ist das CSU-
392 Polizeigesetz 2018 auch dadurch möglich geworden, dass es in Bayern keine
393 organisierte und Verfasste Studierendenschaft und damit weniger Raum für
394 progressive politische Organisation gibt. Insgesamt brauchen wir Universitäten,
395 in denen die gesellschaftlichen Verhältnisse analysiert und kritisiert werden,
396 damit gemeinsam eine soziale, gerechte Alternative zum neoliberalen Status Quo
397 entwickelt und durchgesetzt werden kann.

398 Um beispielsweise zu Akkreditierung Stellung zu nehmen, muss die Möglichkeit
399 gegeben sein, sich frei und kritisch damit auseinanderzusetzen, Konzepte und
400 Alternativen zu entwickeln und in die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse zu
401 kontextualisieren. Besonders effektiv kann dies durch den vorhandenen
402 Zusammenschluss im fzs erfolgen. Denn, wenngleich hochschul- und
403 bildungspolitische Entwicklungen sich teilweise auf Länderebene abspielen, ist
404 gerade dann eine einordnende Vernetzung sinnvoll, um sich auf andernorts bereits
405 erkämpfte Fortschritte berufen zu können. Zudem ist beispielsweise eine Analyse
406 und Einschätzung des fzs von bundesweiten Neuerungen, wie der 2017 in Kraft
407 getretenen Ausweitung des Mutterschutzgesetzes auf Studentinnen, deutlich
408 effizienter, als wenn diese von allen Studierendenschaften je einzeln erstellt
409 werden müsste. Auch zu sozialen Themen ist die Organisation von bundesweiten
410 Kampagnen sinnvoll, wie beispielsweise in der fzs-Kampagne gegen Wohnraummangel
411 (2018).

412 Die Notwendigkeit politisch handlungsfähiger Studierendenschaften, welche sich
413 aktiv für die Verbesserung der Studienbedingungen wie für die Bearbeitung
414 sozialer Probleme einsetzen, drückte sich in den zahlreichen jahrelangen
415 Protesten und Forderungen zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft
416 aus - mit streckenweisem Erfolg: Bedingt durch den Bildungsstreik von 2009/2010
417 musste die Grün-Rote Landesregierung in Baden-Württemberg dem Druck der
418 Studierenden nachgeben und führte die Verfasste Studierendenschaft dort 2012
419 wieder ein. Der Verfassten Studierendenschaft wurde im baden-württembergischen
420 LHG § 65 (4) zugesprochen: "Im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben nimmt die
421 Studierendenschaft ein politisches Mandat wahr." Ein Recht, das in dieser
422 Explizitheit mit der Reform 2017 - wiederum auf Verlangen der CDU - gestrichen
423 wurde. Kurz darauf wurden 2017 zudem Studiengebühren für Ausländer*innen
424 eingeführt.

425 Doch drastischer noch ist die Lage in Bayern, wo eine Verfasste
426 Studierendenschaft noch immer nicht wieder eingeführt wurde. Dies macht sich für
427 dort Studierende unmittelbar finanziell bemerkbar, unter anderem durch die
428 deutschlandweit studierendenunfreundlichsten Semestertickets. Auch werden dort
429 beispielsweise Studierende, die ihr 10. Bachelorsemester überschreiten,
430 zwangsexmatrikuliert. Die Studierenden- und Bildungsproteste waren in Baden-
431 Württemberg ausschließlich durch die finanzielle Unterstützung und Solidarität
432 der Verfassten Studierendenschaften, unter anderem auch durch die Hilfe des
433 Dachverbandes fzs, möglich. Ebenfalls waren viele studentische Projekte nur mit
434 deren Unterstützung realisierbar, wie zum Beispiel die Organisierung des
435 festival contre le racisme, lady*feste und Demo-Material. Diese Hilfe muss
436 weiterhin den Studierendeninitiativen in Bayern zukommen.

437 Auch in Nordrhein-Westfalen sind die bereits erkämpften hohen Standards - eine
438 Viertelparität sowie eine Zivilklausel sind dort im Hochschulgesetz verankert -
439 weiterhin umkämpft. Seit der schwarz-gelben Regierungskoalition wird jetzt auch
440 dort von konservativ-neoliberaler Seite versucht, die Errungenschaften einer
441 progressiven VS durch eine Hochschulgesetzänderung völlig zunichte zu machen. So
442 sollen neben Viertelparität und Zivilklausel auch gesetzlich verankerte,
443 verhältnismäßig gute Beschäftigungsbedingungen für Mitarbeiter*innen an
444 Hochschulen abgeschafft und Studiengebühren für Ausländer*innen eingeführt
445 werden. So soll das kritische Potential von Universitäten und Verfassten
446 Studierendenschaften unterdrückt werden. In der harten Bekämpfung durch rechte,
447 konservative und neoliberale Regierungen und politischer Akteur*innen zeigt sich

448 die Wirksamkeit der Arbeit der Verfassten Studierendenschaften für
449 Demokratisierung, Allgemeinwohlorientierung und kritischer Aufklärung an
450 Hochschulen und in der Gesellschaft. Dass diese notwendige Arbeit Verfasster
451 Studierendenschaften weitergeführt und weiter ausgebaut werden kann, geht uns
452 alle etwas an - überall in Deutschland und über die Bundesrepublik hinaus!

453 A2NEU: Gegen jeden Neoliberalismus! (angenommen)

454 (Antragssteller: CampusGrün Uni Hamburg, beschlossen am 24.11.20)

455 Der Neoliberalismus wurde zwischen den 70er- und 90er-Jahren vorherrschend und
456 löste damit den "Korporatismus" aus der Nachkriegszeit ab, der auf eine
457 keynesianische Wirtschaftspolitik setzte.1 Kennzeichnend für den Neoliberalismus
458 sind ein Marktradikalismus, die Feindschaft gegenüber dem Sozialstaat und ein
459 Begriff von "Freiheit" bzw. Liberalismus, der allein auf die Freiheit von
460 staatlichen Zwängen ("negative" Freiheit) setzt und nicht auf die ermöglichende
461 bzw. "positive" Freiheit, also der, die materielle Ressourcen bereitstellt, die
462 den Menschen eine möglichst freie Entfaltung ihrer Selbst ermöglichen würde.

463 Spätestens seit der Finanzkrise 2009, in der das Scheitern des politischen
464 Marktradikalismus deutlich wie nie zuvor geworden ist, kann sich kein
465 ernsthafter Politiker mehr politisch als "neoliberal" outen. In weiten Teilen
466 der gesellschaftlichen Linken grenzt man sich gerne vom Neoliberalismus ab. Dass
467 der Begriff verbrannt ist, hat aber noch längst nicht dazu geführt, dass die
468 jahrzehntelang vorherrschende neoliberale Politik wieder abgewickelt wurde. So
469 sind zum Beispiel die Hartz-Gesetze nach wie vor in Kraft, die Vermögenssteuer
470 immer noch nicht wiedereingeführt, die Universitäten werden immer mehr zu
471 Unternehmen zur Produktion von "Humankapital" und die Vermögenskonzentration
472 nimmt immer weiter zu. Das Problem besteht sehr wesentlich darin, dass es der
473 gesellschaftlichen Linken nicht gelungen ist, über die formelle Abgrenzung vom
474 Label "neoliberal" hinauszukommen.

475 Als zentrale Elemente der weiteren anti-neoliberalen Auseinandersetzung fassen
476 wir:

477 Der Mythos vom Antagonismus zwischen wirtschaftlichem Wachstum und
478 Vollbeschäftigung einerseits und Sozialem, Umverteilung und guten Löhnen
479 andererseits:

480 Der Neoliberalismus behauptet, ein flexibler und deregulierter Arbeitsmarkt mit
481 geringen Lohnkosten für die Unternehmen und wenig Umverteilung (z.B. in Form von
482 Unternehmensbesteuerung) würden zu niedriger Arbeitslosigkeit und gutem
483 wirtschaftlichem Wachstum führen. Das ist jedoch falsch. Das wesentliche Hemmnis
484 für Wachstum ist in entwickelten Volkswirtschaften nicht die Tatsache, dass
485 Unternehmen zu wenig Geld hätten, um investieren, Forschen und Leute einstellen
486 zu können - sondern, dass sie das nur dann auch tun werden, wenn die damit
487 verbundene Ausweitung der Produktion sich auch lohnt. Und das wiederum ist nur
488 dann gegeben, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die hauptsächlich von
489 den Masseneinkommen abhängt, ausreichend wächst. Höhere Löhne und mehr
490 Umverteilung führen also in Wahrheit zu weniger Arbeitslosigkeit, mehr Wachstum
491 und mehr technologischem Fortschritt (allerdings weniger Reichtum für Reiche).
492 Davon unabhängig ist durchaus in Frage zu stellen, ob wirtschaftliches Wachstum
493 ein immer sinnvolles Ziel ist. (Ä1 von Sara Movahedian, CG Münster, angenommen)

494 Der Mythos, dass Sparen gut und Schulden böse seien:

495 Der Neoliberalismus verallgemeinert die Beobachtung, dass Sparsamkeit für
496 einzelne Privathaushalte langfristig ökonomischen Wohlstand bedeutet, auf
497 gesamte Volkswirtschaften (Analogie der "schwäbischen Hausfrau"). Erstens können
498 Volkswirtschaften nicht als ganze sparen, Vermögen und Schulden summieren sich
499 immer zu null. Zweitens: Wenn Unternehmen sich verschulden, um zu investieren,
500 wenn Privathaushalte sich verschulden, um zu konsumieren oder wenn Staaten
501 Schulden aufnehmen, um zu investieren oder sozial umzuverteilen, nützt dies der
502 wirtschaftlichen Entwicklung. Die einzige Möglichkeit, als Volkswirtschaft mehr
503 zu sparen als auszugeben, ist, wenn das Ausland sich verschuldet - das kann
504 allerdings, im Hinblick auf Eurokrise und Arbeitslosigkeit in den
505 südeuropäischen Staaten, keine Lösung sein.

506 Konkurrenzideologie; Glorifizierung des Wettbewerbs; "There is no such thing as
507 society"

508 Der Neoliberalismus propagiert, dass die Prinzipien, nach denen der Wettbewerb
509 zwischen Unternehmen im Kapitalismus funktioniert, also Profitstreben, Effizienz
510 und Egoismus, ebenfalls sinnvolle Prinzipien für die gesellschaftlichen
511 Verhältnisse zwischen Menschen und Gruppen von Menschen bis hin zu Staaten sei.
512 Damit wird der Vereinzelung von Menschen, dem Niedrigsteuerwettbewerb zwischen
513 Staaten, der "marktkonformen Demokratie", der Inkaufnahme bestehender
514 Ungleichheit, der Ökonomisierung aller Lebensbereiche und der Behauptung, in der
515 Politik ginge es um die Durchsetzung von Einzelinteressen, das Wort geredet.
516 Jede linke Organisation oder überhaupt die Überzeugung davon, dass es ein
517 Allgemeininteresse gibt, wird dadurch infrage gestellt. In Wahrheit ist der
518 Mensch ein gesellschaftliches Wesen, und auch unser Wohlstand wird nicht durch
519 Individuen geschaffen, die sich konkurrenzhaft gegen andere durchzusetzen,
520 sondern durch gesellschaftlich organisierte Arbeitsteilung.

521 Leistungsträger*innenideologie

522 Der Neoliberalismus propagiert, dass individueller Wohlstand die Folge von
523 besonderer Leistungsbereitschaft und umgekehrt Armut die Folge von "Faulheit"
524 sei. Damit wird verschleiert, dass der Kapitalismus, insbesondere in seiner
525 derzeitigen Form, extrem ungleiche Voraussetzungen für Menschen bedeutet
526 (insbesondere zum Beispiel Erbschaften) - und außerdem, dass der Kapitalismus
527 nicht nur ein ökonomisches, sondern ein Herrschaftsverhältnis ist. Damit wird
528 die extreme Ungleichheit, die der Kapitalismus produziert, als gerecht
529 vermarktet und außerdem jede Maxime für die individuelle Lebensführung, die
530 nicht das Streben nach ökonomischem Reichtum ist, als "Faulheit" diffamiert.
531 Aber auch die Bestrebung einiger Teile der gesellschaftlichen Linken,
532 "Chancengleichheit" zu realisieren, ist letztlich eine Annahme und keine
533 Verwerfung der Leistungsideologie - behauptet sie doch, dass alles gerecht sei,
534 wenn nur alle benachteiligten Menschen empowert würden, bis sie die gleichen
535 Startvoraussetzungen haben (wann immer das im Kapitalismus sein soll), nur damit
536 sie danach wieder die Ellenbogen gegeneinander ausfahren können.

537 Es wird deutlich: Der Neoliberalismus war als Ideologie extrem erfolgreich.
538 Viele Begriffe, Argumentationen und Konzepte, die in der politischen Debatte
539 verwendet werden, sind neoliberal geprägt und verfestigen falsche Vorstellungen
540 über gesellschaftliche Realitäten. Solange diese Mythen nicht
541 gesamtgesellschaftlich verworfen werden, ist es schwer bis unmöglich, den
542 gesellschaftlichen Diskurs wieder echt nach links zu verschieben - und nicht

543 zuletzt dadurch erst wieder wirkungsvoll handlungsfähig gegen den aktuellen
544 Erfolg von Rechten zu werden.

545 Campusgrün setzt sich konsequent für den Abbau sozialer und ökonomischer
546 Ungleichheit ein. Dies beinhaltet auch die Rechtfertigung dieser Ungleichheit
547 durch eine vorgebliche ökonomische Notwendigkeit als ideologisch zu demaskieren.
548 Wir sprechen uns gegen eine Konkurrenzideologie aus, die zur Vereinzelung von
549 Menschen, zu Ungleichheit und der Ökonomisierung aller Lebensbereiche führt.
550 Stattdessen wollen wir die Gemeinschaft in den Vordergrund stellen und
551 solidarische und gemeinwohlorientierte Wirtschaftsformen finden.

552 Campusgrün beschließt,

553 1. der neoliberalen Ideologie entschieden den Kampf anzusagen. Zur neoliberaler
554 Ideologie gehört für uns im speziellen auch, wie oben beschrieben, der "Trickle-
555 down"-Mythos, die Sparsamkeits-, Konkurrenz-, Leistungsträger*innenideologie und
556 die Feindschaft gegenüber dem politischen Prozess und seinen Institutionen.

557 2. sich dem mit der neoliberalen Ideologie einhergehenden Sozialabbau, der
558 fortschreitenden Privatisierung und Ökonomisierung der Daseinsvorsorge (z.B.
559 Bildung, Pflege, Wohnen) sowie der Schuldenbremse (Ä2 von Justus Heuer, GHG
560 Jena, soll gestrichen werden, abgelehnt) entgegen zu stellen und für materielle
561 Verbesserungen zu kämpfen. Das schließt insbesondere angemessene Löhne,
562 solidarisches Wirtschaften und ein gutes Leben für alle ein.

563 3. grundsätzlich alle, insbesondere die in 1. benannten, neoliberalen Konzepte
564 und Begriffe², mit denen sie im politischen Diskurs konfrontiert ist, als solche
565 zu benennen, über die dahinterliegenden Mythen aufklärt und scharf als
566 Ungleichheitsideologie verurteilt.

567 ¹ Siehe weiterführende Literatur zur Geschichte des Neoliberalismus, ua.: Schui,
568 Helmut: Die Krise des Wohlfahrtsstaates durch unsachgemäße Politik: Die
569 politische Vorbereitung des Neoliberalismus. In: Schui et al.: Wollt ihr den
570 totalen Markt? – der Neoliberalismus und die extreme Rechte, Droemersch
571 Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf., München 1997, S.45-52.

572
573 ²Zum Beispiel: die „schwäbische Hausfrau“; die Behauptung, man könne „über seine
574 Verhältnisse leben“; die Behauptung, bei Lohnerhöhungen würde Arbeitslosigkeit
575 entstehen; die moralische Einteilung in „gut/schlecht“ für Sparsamkeit und
576 Verschuldung; dass Staaten nicht mehr ausgeben könnten, als sie einnehmen; die
577 Glorifizierung der Exportabhängigkeit (und damit des Niedriglohnsektors)
578 Deutschlands

579 ¹ Siehe weiterführende Literatur zur Geschichte des Neoliberalismus, ua.: Schui,
580 Helmut: Die Krise des Wohlfahrtsstaates durch unsachgemäße Politik: Die
581 politische Vorbereitung des Neoliberalismus. In: Schui et al.: Wollt ihr den
582 totalen Markt? - der Neoliberalismus und die extreme Rechte, Droemersch
583 Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf., München 1997, S.45-52.

584 ² Zum Beispiel: die "schwäbische Hausfrau"; die Behauptung, man könne "über
585 seine Verhältnisse leben"; die Behauptung, bei Lohnerhöhungen würde
586 Arbeitslosigkeit entstehen; die moralische Einteilung in "gut/schlecht" für
587 Sparsamkeit und Verschuldung; dass Staaten nicht mehr ausgeben könnten, als sie

588 einnehmen; die Glorifizierung der Exportabhängigkeit (und damit des
589 Niedriglohnssektors) Deutschlands.

590 Digitalisierung studieren: Mit grünen Ideen in die Zukunft! (angenommen)

591 (Antragsstellerin: CampusGrün Baden-Württemberg, beschlossen am 25.11.2018)

592 #digital Die Digitale Revolution ist in vollem Gange und dabei, alle unsere
593 Lebensbereiche zu verändern. Als Verband grüner und grün-alternativer
594 Hochschulgruppen ist es unser Anliegen, dass die digitale Zukunft nachhaltig,
595 sozial und partizipativ gestaltet wird.

596 Wir fordern die Hochschulen bundesweit dazu auf, die Digitalisierung nicht nur
597 als technisches Phänomen aufzufassen, sondern ihre gesellschaftlichen
598 Auswirkungen in den Fokus von Bildung und Forschung zu stellen und öffentlich zu
599 diskutieren.

600 Von den Regierungen von Ländern und Bund fordern wir, nicht nur Standort- und
601 Wirtschaftspolitik zu betreiben, sondern die Digitalisierung so zu leiten, dass
602 sie zum Vorteil aller Menschen gereicht.

603 #nachhaltig Wir erkennen an, dass die Digitalisierung Chancen im Bereich der
604 Energieeffizienz bietet und damit zu einer grünen Ökonomie beitragen kann,
605 möchten aber darüber hinaus das Prinzip der Suffizienz betonen. Digitalisierung
606 bedeutet nicht automatisch ein Mehr an Nachhaltigkeit, da Effizienzgewinne allzu
607 oft ökologisch schädlich reinvestiert werden ('Rebound-Effekt', vgl. Lange &
608 Santarius, 2016). Für die sozial-ökologische Transformation bedarf es immer noch
609 einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie unserer Lebensstile,
610 die von einer regulierten Digitalisierung begleitet werden kann. Bei der
611 Verwendung energieintensiver Technologien wie dem Schürfen von Kryptogeld
612 sollten Nutzen und Umweltkosten kritisch gegeneinander abgewogen werden.

613 #langlebig Die Nutzungsdauern technischer Geräte, insbesondere von Smartphones,
614 sind zu kurz. Die Obsoleszenz von Geräten durch die Veröffentlichung von
615 Nachfolgemodellen oder nicht kompatibler Software muss unterbunden werden. Wir
616 fordern deshalb, dass Hardware reparierbar und recyclebar sein muss.
617 Hersteller*innen müssen gesetzlich verpflichtet werden, Ersatzteile anzubieten.
618 Mobilfunkverträge, die die regelmäßige Anschaffung eines neuen Smartphones
619 beinhalten, sollen verboten werden. Betriebssysteme und Software müssen
620 abwärtskompatibel sein, sodass die Geräte länger nutzbar bleiben.

621 #fair Die Digitalisierung darf nicht auf dem Rücken der Länder des globalen
622 Südens ausgetragen werden, sondern soll zur Entwicklung in ärmeren Regionen
623 beitragen. Bei der Produktion von Hardware ist auf die Verwendung nachhaltiger
624 und unter fairen Bedingungen gewonnener Rohstoffe zu achten. Durch die
625 Produktion verursachte ökologische und soziale Kosten müssen internalisiert
626 werden. Für die erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit sind ein
627 niedrigschwelliger Technologie- und Wissenstransfer vonnöten. #effizient Die
628 Rechen- und Speicherkapazitäten von Computern nehmen kontinuierlich zu, doch
629 leider wird die Software gleichzeitig langsamer und speicheraufwendiger
630 ("Wirth's law", vgl. Niklaus Wirth: "A Plea for Lean Software"). Wir fordern
631 dazu auf, in der Softwareentwicklung folgende Prinzipien zu lehren: 1.
632 Effizienz. Schnelle Algorithmen reduzieren den Energieverbrauch. 2. Suffizienz.
633 Unnötige Funktionen verlangsamen die Geräte unnötigerweise. 3. Modularität.
634 Nutzer*innen sollen entscheiden können, welche (neuen) Funktionen sie

635 installieren möchten. 4. Kompatibilität. Software muss auf Geräten
636 funktionieren, die mehrere Jahre alt sind. Nach Ende des Supports sollen
637 Softwarehersteller den Quellcode öffentlich machen, sodass die Open Source-
638 Community die Software weiterentwickeln und warten kann.

639 #neutral Das Arpanet, der Vorgänger des heutigen Internets, war ein
640 Zusammenschluss von Forschungseinrichtungen. Damit das Internet auch in Zukunft
641 im Sinne der Forschung und der Verbraucher*innen genutzt werden kann, fordern
642 wir die Hochschulen auf, sich für den Erhalt der Netzneutralität einzusetzen.
643 Diese impliziert eine offene, freie Nutzung und Meinungsäußerung und ermöglicht
644 somit die gesamtgesellschaftliche Teilhabe an wissenschaftlichen Forschungen und
645 Ergebnissen, sowie die Erleichterung globaler Vernetzung und Organisation. Darin
646 darf sie nicht eingeschränkt werden (wie es seit Kurzem in den USA der Fall ist,
647 wo private Netzbetreiber Nutzungsgebühren für bestimmte Websites verlangen
648 können), da so selbstbestimmter Erkenntnisgewinn verhindert werden würde. Damit
649 ist die Netzneutralität ein wichtiger Stützpfeiler der Demokratie.

650 #vernetzt Um Monopolbildung vorzubeugen, fordern wir Standards für die
651 Interoperabilität von Chatdiensten und sozialen Netzwerken. Dies würde die
652 verschlüsselte Kommunikation zwischen Nutzer*innen verschiedener Anbieter
653 ermöglichen, wie es bei E-Mail und SMS bereits möglich ist.

654 #transparent Dem Trend, immer mehr für Menschen bedeutende Entscheidungen von
655 größtenteils intransparenten Algorithmen treffen zu lassen, wollen wir
656 entgegenwirken. Die Algorithmen auf der Basis historischer Daten entscheiden zu
657 lassen, kann zur Verfestigung rassistischer und sexistischer Benachteiligungen
658 führen, wenn bspw. in der Vergangenheit Ausländer*innen und Frauen* bei
659 Bewerbungsverfahren und Kreditvergaben benachteiligt oder verdächtigt wurden
660 Straftaten begangen zu haben. Unternehmen fordern wir auf, ihre Algorithmen
661 offen zu legen, um diese menschenfreundlich zu gestalten. Auch hier geht es
662 darum, ethische Maßstäbe von Gleichstellung und sozial Gerechtem bestimmend
663 werden zu lassen. Dies ist nur möglich, wenn sie nicht von Interessen der
664 Großkonzernen dominiert, sondern staatlich überprüft werden! Die Hochschulen
665 sollen an einer verbesserten Interpretierbarkeit und Zugänglichkeit von schwer
666 durchschaubaren Modellen forschen, um einen kritischen Blick auf sie zuzulassen
667 und an einer Verhinderungen von Diskriminierungsformen zu arbeiten.

668 #gestaltend Durch die fortschreitende Digitalisierung wird die Arbeits- und
669 Lebenswelt einen enormen Transformationsprozess erfahren, durch den viele Berufe
670 in Zukunft an gesellschaftlicher Relevanz verlieren werden. Diese Entwicklung
671 stellt eine erhebliche Herausforderung für die sozialen Sicherungssysteme dar,
672 bietet aber auch die Chance für mehr soziales Engagement und Mitbestimmung der
673 breiten Zivilbevölkerung. Um diesen Wandel aktiv zu gestalten, müssen Politik
674 und Hochschulen alternative Möglichkeiten der Einkommenssicherung wie das
675 bedingungslose Grundeinkommen in Reallaboren erforschen, um sie für den
676 öffentlichen Diskurs zugänglich zu machen und für alle Gesellschaftsmitglieder
677 durchzusetzen. Zusätzlich müssen sie Programme zur interdisziplinären
678 Zusammenarbeit fördern, um gemeinsam nachhaltige Zukunftsmodelle weiter zu
679 entwickeln - z.B. die progressive Nutzung der Digitalisierung, um den sechs-
680 Stunden-Tag für alle zu verwirklichen. Für die Realisierung solcher in die
681 Gesellschaft wirkender Forschung bedarf es einer staatlichen Ausfinanzierung des
682 Hochschul- und Bildungssektors.

683 #gleich Wir sehen in der starken Unterfinanzierung und der daraus folgenden
684 Ungleichverteilung in universitären Strukturen ein strukturelles Problem,
685 welches es konsequent anzugehen gilt. Wir wollen die Orientierung an den
686 Sustainable Development Goals (SDGs) stärken: Angefangen im universitären
687 Kontext, um von da aus aktiv in die Gesellschaft wirken zu können. Wir sehen
688 soziale Ungleichheiten hierbei in der gesellschaftlichen Struktur als Problem
689 des auf Konkurrenz basierenden, neoliberalen System des Arbeitsmarktes.
690 Orientiert an SDG 5 "Gender Equality" und SDG 10 "Reduced Inequalities" fordern
691 wir deshalb die Beendigung der Priorisierung von Geschlecht, Herkunft etc. bei der
692 Besetzung von Verantwortungsposten, z.B. durch die verstärkte Frauen*-Förderung
693 in den MINT-Fächern. An die Landesregierungen richten wir die Forderung,
694 Technik- und Informatikunterricht flächendeckend verpflichtend einzuführen,
695 damit schon Schüler*innen notwendiges Interesse und deren Bedeutung im
696 Voranschreiten des "digitalen Zeitalter" vermittelt werden kann. Dadurch kann
697 aktiv die Motivation entwickelt werden, als mündige, bewusste Bürger*innen die
698 Welt positiv zu gestalten.

699 #demokratisch Im digitalen Zeitalter muss die Medienkompetenz stärker ins
700 Zentrum von Schul- und weiterführender Bildung gerückt werden. Wir fordern, dass
701 online verfügbare Informationen und direktere Kommunikationswege zu
702 Entscheidungsträger*innen die Demokratie stärken. Zugleich muss eine wirksame
703 Strategie für den Umgang mit Fake News und Hatespeech im Internet gefunden
704 werden. Insbesondere muss den Echokammern in sozialen Netzwerken
705 entgegengearbeitet werden. Ein erster Schritt wäre, Nutzer*innen wieder selbst
706 die Kontrolle darüber zu überlassen, welche Inhalte sie sehen möchten, statt von
707 Algorithmen personalisierte Auswahlen zu treffen. Dazu ist eine verlässliche,
708 langfristige und nachhaltige Ausfinanzierung notwendig.

709 #privat Die Spionage durch Nachrichtendienste und Aggregation und Auswertung
710 persönlicher Daten durch Konzerne hat in den letzten Jahrzehnten ungeheuerliche
711 Ausmaße angenommen. Wir fordern Hochschulen auf, Konzepte zu entwickeln, wie
712 weltweiter Datenschutz funktionieren und der Überwachung ein Ende gesetzt werden
713 kann.

714 #friedlich Künstliche Intelligenz bringt nicht nur Vorteile, sondern kann auch
715 gegen Menschen eingesetzt werden. Um globalen Frieden durch Wissenschaft zu
716 fördern (SDG 16: Peace), fordern wir deshalb eine allgemeingültige, ernsthafte
717 Zivilklausel für alle Hochschulen in der Bundesrepublik, sowie deren
718 transparente Kontrolle durch unabhängige Gremien. Autonome Waffen und den
719 wissenschaftlichen Beitrag zu Kriegen lehnen wir grundsätzlich ab und streiten
720 in Konsequenz dessen, für die ständige Diskussion von politischen und
721 philosophischen Fragestellungen in allen Studiengängen: z.B. mithilfe eines
722 Ethikkodex in der Informatik und fächerübergreifenden Veranstaltungen zu Themen
723 wie "Frieden" und "Künstliche Intelligenz". Wissenschaft muss sich verstärkt
724 ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und ihrem praktischen Bezug bewusst
725 werden!

726 #vorausschauend Die von technischen Neuerungen ausgehenden Gefahren können von
727 harmlos bis zum existenziellen Risiko für die Menschheit reichen. Deshalb sehen
728 wir die Notwendigkeit einer verstärkten Forschung im Bereich der
729 Technikfolgenabschätzung. KI-Cluster sollten mit einem Lehrstuhl für die
730 Untersuchung existenzieller Risiken ausgestattet werden (beispielsweise nach dem

731 Vorbild des "Centre for the Study of Existential Risk" in Cambridge), das
732 insbesondere im Bereich "AI Safety" forschen soll.

733 #innovativ Innovative Konzepte und partizipative Ansätze wie die OpenSource- und
734 CreativeCommons-Bewegung bewerten wir als konstruktiv und sehen darin die
735 Chance, die Digitale Revolution "bottom up" zu gestalten. Dies würde bspw. dazu
736 verhelfen, Datensätze öffentlich zugänglich zu machen. Dabei geht es um
737 veröffentlichte wissenschaftliche Messdaten, welche unter eine offene Lizenz
738 gestellt werden sollten. Dadurch könnten alle Interessierten diese Daten
739 selbstbestimmt nutzen und damit z.B. Anwendungen entwickeln oder Forschung
740 betreiben, die dem Allgemeinwohl dient. Auch im Konzept von "Open Universities",
741 die Lehrveranstaltungen und Lehrmaterial über das Internet auch nicht-
742 eingeschriebenen Bürger*innen zugänglich machen, sehen wir als emanzipatorischen
743 Aspekt an. Hochschulen und Studierendenschaften sollten daher Studierende und
744 Forschende dazu aufrufen, bei OS und CC mitzumachen, um gesamtgesellschaftliche,
745 zeitgenössische Souveränität voranzubringen, selbst verstärkt Open-Source-
746 Software einzusetzen und Medien unter CC-Lizenzen zu veröffentlichen.

747 #DieZukunftBeginntJetzt #DigitalAnpacken #DigitalStudieren

748 Literatur:

749 Lange, S., & Santarius, T. (2016). Drei Fragen zum transformativen Potenzial der
750 Digitalisierung: Wolf oder Wollmilchsau?. Ökologisches Wirtschaften-
751 Fachzeitschrift, 31(3), 23-24.

752 A4NEU: Position von Campusgrün zur Europäischen Union und europäischen
753 Hochschulnetzwerken (nicht angenommen)

754 (Antragsstellerin: Bundesvorstand, beschlossen am 07.11.2018)

755 Die Europäische Union hat es geschafft nach dem Grauen und der Zerstörung des
756 Zweiten Weltkrieges eine friedliche multilaterale Ordnung zwischen den
757 europäischen Staaten zu etablieren und weitgehenden Wohlstand in der
758 Nachkriegszeit zu schaffen. Mittlerweile ist sie mehr als nur eine
759 Wirtschaftsgemeinschaft oder ein Friedensprojekt, sondern auch eine
760 Wertegemeinschaft, die auf den Werten, Freiheit, Demokratie, Gleichheit,
761 Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte fußt. Jedoch spiegeln sich
762 diese Werte nicht konsequent in der EU-Politik und ihren Institutionen wider,
763 außerdem werden soziale und ökonomische Ungleichheiten innerhalb und zwischen
764 den Mitgliedstaaten tendenziell immer größer und effektive gemeinsame
765 Anstrengungen gegen den Klimawandel lassen auf sich warten. Dabei wird es nur
766 einer demokratischen, solidarischen und starken Union möglich sein, mit
767 Problemen und Zukunftsfragen wie der Klimakrise, Digitalisierung, sozialen
768 Ungleichheiten, deregulierten Finanzmärkten und mächtigen Großkonzernen
769 umzugehen und gleichzeitig als Garant für Demokratie und Menschenrechte
770 einzutreten und nationalistischen und illiberalen Backslashes entgegenzutreten.

771 Für eine demokratische, solidarische und starke Europäische Union

772 Die Wahrung der Menschenrechte muss auch für die Grenz- und Migrationspolitik
773 der EU gelten. Anstatt dass seit Jahren zehntausende Menschen vor den Grenzen
774 der EU im Mittelmeer ertrinken, auf dem Weg dorthin verdursten oder versklavt
775 werden, müssen sichere Fluchtwege geschaffen werden. Gleichzeitig dürfen nicht
776 die Flüchtlinge durch Kooperationen mit autokratischen Herrschern brutal

777 bekämpft werden, was nebenbei auch undemokratische Strukturen stärkt und eine
778 nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung hemmt und damit zur prekären Lage der
779 Flüchtlinge beiträgt, sondern Fluchtursachen wie ethnische und politische
780 Konflikte oder extreme Armut. Die momentane Handels- und Agrarpolitik und die
781 Rüstungsexporte tragen ebenfalls nicht dazu bei, dass die EU als Garant für
782 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in der Welt auftritt oder sich für
783 Ökologie und Klimaschutz einsetzt.

784 Die unsolidarische Sparpolitik in der Eurokrise hat soziale Ungleichheiten und
785 das Misstrauen in die Europäischen Institutionen und die Demokratie verstärkt.
786 Soziale Sicherungssysteme können in Ländern wie Griechenland keinen angemessenen
787 Lebensstandard mehr ermöglichen, die (Jugend-)arbeitslosigkeit ist auf einem
788 Rekordhoch angelangt und es fehlen Investitionen in die öffentliche
789 Infrastruktur. Die EU muss zeigen, dass sie auch eine Solidargemeinschaft ist
790 und mit gemeinsamen Investitionen Arbeitslosigkeit senken, Bildungschancen
791 erhöhen und der sozialen Sicherungssysteme eine ausreichende Finanzierung
792 ermöglichen. Unterschiedliche Regionen in der EU müssen einen ähnlichen
793 Lebensstandard und Bildungs- sowie Arbeitsmarktperspektiven bieten.
794 Transferleistungen könnten langfristig im Rahmen einer gemeinsamen Fiskal-,
795 Wirtschafts- und Sozialpolitik realisiert werden. Auf der internationalen Ebene
796 könnte sie damit veranschaulichen, wie der neoliberalen Globalisierung
797 staatliche Regulierung und Demokratie folgen kann. Jedoch gibt es auch noch
798 innerhalb des politischen Systems der EU vielfältige demokratische Defizite.

799 Obwohl die Europäische Union Merkmale eines Staates aufweist, herrscht zwischen
800 den Institutionen kein ausreichendes System von checks and balances: Die
801 Regierungen der Mitgliedstaaten sind über den Rat der EU, den Europäischen Rat
802 und auch innerhalb der Kommission über das Ausschusssystem der Komitologie
803 überproportional an Gesetzgebung- und -durchführung beteiligt. Nationale
804 Interessen, oftmals von starken Staaten wie Deutschland, stehen damit einer
805 solidarischen Zusammenarbeit entgegen, z.B. bei Fragen einer europäischen
806 Arbeitslosenversicherung oder einer gemeinsamen Energiepolitik. Des Weiteren
807 fehlt dem Europäischen Parlament das Initiativrecht im ordentlichen
808 Gesetzgebungsverfahren und die Zusammensetzung der Kommission hängt immer noch
809 nicht wirklich vom Ausgang der EU-Wahlen ab. Es braucht eine gänzlich dem
810 Parlament verantwortliche Kommission, denn die Legitimation und Accountability
811 der Kommission muss verstärkt werden, auch um deren Arbeit und Funktion
812 transparenter und verständlicher zu machen. Im Zuge der Eurokrise wurde der
813 Handlungsspielraum der Eurogruppe auf Kosten der nationalen Parlamente
814 erweitert, das Europäische Parlament braucht als Ausgleich dafür in Zukunft
815 hierbei stärkere Mitspracherechte. Für ein stärkeres EU-Parlament im
816 Institutionengefüge benötigt auch dieses eine stärkere Legitimation. Dessen Wahl
817 darf nicht mehr als „second order election“ wahrgenommen werden. Für eine
818 Europäisierung der Wahlen braucht es langfristig einen europaweiten
819 (politischen) Diskurs, echte europäische Parteien und Nachrichten.
820 Transnationale Wahllisten und ein europäisches Wahlrecht können erste Schritte
821 auf dem Weg dorthin sein.

822 Gleichzeitig sind die Grundfesten der EU bedroht: Rechtspopulistische- und
823 extreme Parteien werden immer stärker und sind Teil von Parlamenten und
824 Regierungen. Sie stellen nicht nur die multilaterale Zusammenarbeit innerhalb
825 der EU-Institutionen infrage, sondern auch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
826 die Menschenrechte. Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Antifeminismus

827 haben Hochkonjunktur. Die EU darf diesen Prozessen nicht tatenlos zuschauen.
828 Dabei reicht es nicht nur mit Strafen zu drohen, sondern es bedarf einer
829 grundlegenden Vertiefung und Demokratisierung der Europäischen Institutionen und
830 ihrer Politiken, um die Vorteile einer geeinten und starken EU konkret zu zeigen
831 und transparenter zu machen. Dabei geht es nicht um die Entstehung eines
832 zentralisierten, europäischen Super-Staates, sondern um die Verlagerung von
833 Kompetenzen in denjenigen Politikfeldern, in denen eine supranationale
834 Zusammenarbeit von Vorteil ist. Für einen echten Politikwechsel braucht es aber
835 eine europäische Solidargemeinschaft, in der europäische Interessen die
836 nationalen überwiegen und in der auf europäischer Ebene über
837 Politikentscheidungen und nach den besten Kompromissen gestritten wird und nicht
838 innerhalb von Mitgliedstaaten auf Kosten anderer Ländern oder der EU. Die
839 Grundlage dafür ist die Festigung einer gemeinsamen europäischen Identität.
840 Dieser stehen jedoch nationale gesellschaftliche Diskurse, Sprachbarrieren und
841 gemeinsame kulturelle Bezugspunkte im Weg. Europäische Hochschulnetzwerke können
842 richtig umgesetzt einen kleinen Teil dazu beitragen, diese Barrieren abzubauen
843 und die Menschen zwischen den Nationalstaaten näher zusammen zu bringen.

844 Europäische Hochschulnetzwerke als Institutionen europäischer Gemeinschaft und
845 als Garanten von Wissenschaftsfreiheit und studentischer Selbstverwaltung

846 Europäische Hochschulnetzwerke bieten neben dem Erasmus Programm die Chance, den
847 zwischenstaatlichen studentischen und fachlichen Austausch zu intensivieren und
848 vor allem stärker zu institutionalisieren. Neben den unterschiedlichen
849 Lehrangeboten und Forschungsprojekten, rücken auch die Student*innen enger
850 zusammen, lernen andere europäische Regionen und neue Freund*innen kennen,
851 knüpfen Kontakte, gründen vielleicht transnationale Netzwerke und
852 Organisationen, entwickeln ihre fremdsprachlichen Fähigkeiten weiter und bauen
853 damit kulturelle und sprachliche Barrieren ab. Nach der Etablierung der vier
854 Freiheiten des Binnenmarktes kann für die Studierenden ein neues Gefühl
855 innereuropäischer Mobilität und Zusammengehörigkeit entstehen, das (kleine)
856 Teile ganzer Generationen prägen würde. Zumindest diese Bevölkerungsgruppe wäre
857 sich damit einer europäischen Identität jenseits der nationalstaatlichen stärker
858 bewusst und hätte den Gedanken und das Gefühl in einem europäischen Raum
859 gemeinsam zusammenzuleben stärker verinnerlicht.

860 Außerdem können europäische Hochschulnetzwerke als Garanten von
861 Wissenschaftsfreiheit und studentischer Selbstverwaltung inmitten von autoritär
862 und anti-demokratisch regierten Ländern wie Ungarn oder Polen auftreten. Die
863 dortigen Politiken bedrohen nicht nur die freiheitliche Gesellschaft, sondern
864 auch die Freiheit in der Wissenschaft, z.B. durch die Diskreditierung und das
865 Verbot der Gender Studies. Der Austausch über Hochschulnetzwerke würde dem
866 entgegenstehen. Zwar lassen sich Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit dadurch
867 nicht komplett verhindern und Sanktionen und Verurteilung dieser Prozesse wären
868 weiterhin notwendig, es würde Forscher*innen und Student*innen jedoch
869 ermöglichen, zumindest teilweise ihren Studien weiterhin nachzugehen und sich
870 einfacher zu solidarisieren. Daneben würde eine starke studentische
871 Selbstverwaltung zwischen den Hochschulen, im gleichen Umfang wie für normale
872 Hochschulen, d.h. mit Finanzautonomie und einem weit gefassten politischen
873 Mandat, für eine bessere europäische Vernetzung und Organisation sorgen, die
874 nicht nur gegenüber den Hochschulen studentische Interessen vertreten würde.
875 Eine studentische Selbstverwaltung im Geiste von 1968 bedeutet auch das
876 kritische Hinterfragen herrschender Machtverhältnisse und die Schaffung von

877 Diskussions- und Protesträumen. Dies ist ein wichtiger Teil einer lebendig
878 politischen Zivilgesellschaft als elementarer Bestandteil der liberalen
879 Demokratie. Deshalb bedeutet die Ermöglichung und die Förderung studentischer
880 Selbstverwaltung direkt und indirekt auch die Förderung der liberalen
881 Demokratie. Dies käme nicht nur der Förderung demokratischer Strukturen gleich,
882 sondern auch einer Europäisierung dieser und des politischen Diskurses in diesem
883 Kontext.

884 Für breite und ausreichende Finanzierung statt europäischer Exzellenzinitiative
885 und für Chancengerechtigkeit statt Elitenprojekte

886 Das Konzept der europäischen Hochschulnetzwerke birgt jedoch einige Gefahren,
887 nämlich gegenüber einer breit und ausreichend finanzierten Hochschullandschaft
888 und gegenüber der Chancengerechtigkeit beim Zugang zur höheren Bildung. Durch
889 den Zusammenschluss von wettbewerbsfähigen und gut finanzierten Hochschulen zu
890 europäischen Netzwerken und die Förderung dieser durch weitere Mittel der EU
891 würden sowieso schon attraktive Hochschulen als „Leuchttürme“ finanziert und
892 gefördert werden. Das würde andere Hochschulen weiter abhängen, deren Regionen
893 schwächen und ökonomische und infrastrukturelle Ungleichheiten zwischen ihnen
894 schlimmstenfalls noch verstärken. Im Gegenteil wäre es wichtig, dass die
895 finanzielle Unterstützung für europäische Hochschulnetzwerke breit aufgestellt
896 für ausreichende und qualitativ hochwertige Lehr-, Studien- und
897 Forschungsangeboten mit besseren Betreuungsrelationen, Arbeitsbedingungen und
898 einer (digitalen) Infrastruktur sorgen würde. Es ist zu diskutieren, inwiefern
899 Hochschulen der European High Education Area außerhalb der EU in die
900 Finanzierung mit eingebunden werden, auch wenn deren Staaten nicht in den EU-
901 Haushalt einzahlen und Mitglieder der EU sind. Des Weiteren ist es für die
902 Etablierung von europäischen Hochschulnetzwerken notwendig, dass die Hochschulen
903 keine hohen finanziellen Nachteile haben oder übermäßig administrativ belastet
904 werden. Die EU-Kommission müsste hier entsprechend in der Lage sein, die
905 Hochschulen bei dem Zusammenschluss beratend zu unterstützen. Die Finanzierung
906 der Netzwerke über z.B: den EU-Haushalt ist neben dem europäischen
907 Forschungsprogramm auch eine Chance, die z.T. ineffizienten nationalen
908 Forschungsprogramme besser zu bündeln. So könnten neben dauerhaften Professuren,
909 Stellen im Mittelbau und Infrastrukturmaßnahmen auch Forschungsvorhaben
910 finanziert werden. Die Förderungskriterien sollten danach gestaltet werden,
911 inwiefern beispielsweise gesellschaftliche Herausforderungen, wie Klimawandel
912 und Digitalisierung (inklusive Fragen von Ethik und ökologischer Effizienz bzw.
913 Effektivität), behandelt werden. Die Unterstützung von Rüstungs- oder
914 Grenzschutz-Forschung ist dabei abzulehnen. Kultur-, Geistes- und
915 Sozialwissenschaften und darin kritische und plurale Ansätze sollten außerdem in
916 die Förderungen eingebunden werden.

917 Das Ziel, möglichst allen potentiellen Studierenden eine Hochschulbildung zu
918 ermöglichen, muss auch nach der Etablierung von europäischen Netzwerken für die
919 involvierten Hochschulen gelten. Die Netzwerke müssten so ausfinanziert werden,
920 dass keine höheren Zugangsvoraussetzungen gelten. Um eventuelle Sprachbarrieren
921 abzubauen, die dann zu Schwierigkeiten bei der Zulassung führen könnten, sollte
922 es beispielsweise schon vor Semesterbeginn ein Angebot an Sprachkursen geben.
923 Des Weiteren darf der Wechsel zwischen den Hochschulen keine größere finanzielle
924 oder zeitliche Belastung darstellen, sodass auch alle Studierenden die Chance
925 dazu haben. Eine Art europäisches Bafög könnte dafür eingeführt werden, das u.a.
926 explizit den Wechsel zwischen den Hochschulstandorten finanziell unterstützt. Um

927 ähnliche Studienbedingungen europaweit zu schaffen, sollte eine finanzielle
928 Unterstützung über die EU langfristig in allen Hochschulen, unabhängig von den
929 Netzwerken, eingeführt werden. Weiterhin ist für die Etablierung der
930 grenzüberschreitenden Hochschulnetzwerke auch eine Anpassung der Semesterzeiten
931 zwischen den Ländern notwendig.

932 Abels, Gabriele (2018): Legitimität, Legitimation und das Demokratiedefizit der
933 Europäischen Union, in: Becker P., Lippert B. (eds) Handbuch Europäische Union.
934 Springer VS, Wiesbaden, 1-18.

935 Habermas, Jürgen (2014): Warum der Ausbau der Europäischen Union zu einer
936 supranationalen Demokratie nötig und wie er möglich ist, in: Leviathan 42, 524-
937 538.

938 Wessels, Wolfgang (2016): The European Council. London, New York: Palgrave
939 Macmillan Education (The European Union series).

940 Ä2 zu A4NEU: Position von Campusgrün zur Europäischen Union und europäischen
941 Hochschulnetzwerken (angenommen)

942 (Antragssteller: Theo Frank (GHG Bonn), Ben Seel (GSHG Frankfurt am Main))

943 Die Idee eines geeinten Europas ist die Lehre aus Jahrhunderten der Kriege,
944 Ausbeutung und Unterdrückung. Der daraus entstandene Geist sollte den Beginn
945 eines friedlichen, gerechten und freien Kontinents darstellen. Diese Vision
946 möchte Campusgrün endlich verwirklicht sehen. Wir streiten für ein Europa des
947 21. Jahrhunderts!

948 Spätestens seit der Finanzkrise ist klar, dass ein soziales und geeintes Europa
949 bisher nicht geschaffen werden konnte. Die Chance auf Regulierung der
950 europäischen Wirtschaftsordnung zugunsten der Demokratie und Menschlichkeit
951 wurde verpasst, seitdem wurden Grenzregime verschärft und neue innereuropäische
952 Konflikte geschaffen.

953 Die unsolidarische Sparpolitik in der Eurokrise hat soziale Ungleichheiten
954 verstärkt. Soziale Sicherungssysteme können in Ländern wie Griechenland keinen
955 angemessenen Lebensstandard mehr ermöglichen, die (Jugend-)arbeitslosigkeit ist
956 auf einem Rekordhoch angelangt und es fehlen Investitionen in die öffentliche
957 Infrastruktur. Die EU muss zeigen, dass sie eine Solidargemeinschaft ist und mit
958 gemeinsamen Investitionen Arbeitslosigkeit senken, Bildungschancen erhöhen und
959 der sozialen Sicherungssysteme eine ausreichende Finanzierung ermöglichen.
960 Unterschiedliche Regionen in der EU müssen einen ähnlichen Lebensstandard und
961 Bildungs- sowie Arbeitsmarktperspektiven bieten. Transferleistungen könnten
962 langfristig im Rahmen einer gemeinsamen Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik
963 realisiert werden. Auf der internationalen Ebene könnte sie damit
964 veranschaulichen, wie der neoliberalen Globalisierung staatliche Regulierung und
965 Demokratie folgen kann. Jedoch gibt es auch noch innerhalb des politischen
966 Systems der EU vielfältige demokratische Defizite. Doch ein Europa der Zukunft
967 muss ein Europa der Demokratie sein.

968 Die Europäische Kommission und der Rat sind für uns keine ausreichend
969 demokratisch legitimierte Gremien. Für uns sind politische Interessen keine
970 Interessen von Nationen, sondern von Menschen. Das Europäische Parlament (EP)
971 als das demokratisch legitimierte Gremium: Nach wie vor fehlt dem Europäischen
972 Parlament das Initiativrecht im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und die

973 Zusammensetzung der Kommission hängt immer noch nicht wirklich vom Ausgang der
974 EU-Wahlen ab. Es braucht eine gänzlich dem Parlament verantwortliche Kommission,
975 denn die Legitimation und Accountability der Kommission muss verstärkt werden,
976 auch um deren Arbeit und Funktion transparenter und verständlicher zu machen. Im
977 Zuge der Eurokrise wurde der Handlungsspielraum der Eurogruppe auf Kosten der
978 nationalen Parlamente erweitert, das Europäische Parlament braucht als Ausgleich
979 dafür in Zukunft hierbei stärkere Mitspracherechte.

980 Die Wahrung der Menschenrechte muss auch für die Grenz- und Migrationspolitik
981 der EU gelten. Anstatt, dass seit Jahren zehntausende Menschen vor den Grenzen
982 der EU im Mittelmeer ertrinken, auf dem Weg dorthin verdursten oder versklavt
983 werden, müssen sichere Fluchtwege geschaffen werden. Gleichzeitig dürfen nicht
984 die Flüchtlinge durch Kooperationen mit autokratischen Herrschern brutal
985 bekämpft werden, was nebenbei auch undemokratische Strukturen stärkt und eine
986 nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung hemmt und damit zur prekären Lage der
987 Flüchtlinge beiträgt, sondern Fluchtursachen wie ethnische und politische
988 Konflikte oder extreme Armut. Die momentane Handels- und Agrarpolitik und die
989 Rüstungsexporte widersprechen der behaupteten Rolle der EU als Garant für
990 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in der Welt.

991 Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien werden immer stärker und sind
992 Teil von Parlamenten und Regierungen. Sie stellen nicht nur die multilaterale
993 Zusammenarbeit innerhalb der EU-Institutionen infrage, sondern auch Demokratie,
994 Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte. Rassismus, Antisemitismus,
995 Antiziganismus und Antifeminismus haben Hochkonjunktur. Die EU darf diesen
996 Prozessen nicht tatenlos zuschauen. Dabei reicht es nicht nur mit Strafen zu
997 drohen, sondern es bedarf einer grundlegenden Vertiefung und Demokratisierung
998 der Europäischen Institutionen und ihrer Politiken, um die Vorteile einer
999 geeinten und starken EU konkret zu zeigen und transparenter zu machen. Dabei
1000 geht es nicht um die Entstehung eines zentralisierten, europäischen Super-
1001 Staates, sondern um die Verlagerung von Kompetenzen in denjenigen
1002 Politikfeldern, in denen eine supranationale Zusammenarbeit von Vorteil ist. Für
1003 einen echten Politikwechsel braucht es aber eine europäische
1004 Solidargemeinschaft, in der auf europäischer Ebene über Politikentscheidungen
1005 und nach den besten Kompromissen gestritten wird und nicht innerhalb von
1006 Mitgliedstaaten auf Kosten anderer Länder oder der EU. Fortschrittliche Kräfte
1007 kämpfen dafür bereits in der EU und sind wesentlich für vergangene Erfolge im
1008 Umweltschutz und Durchsetzungen der Menschenrechte verantwortlich.

1009 In dieser umkämpften Situation findet auch Macrons Vorstoß für supranationale
1010 Universitäten statt. Hier schließt sich Campusgrün dem freien Zusammenschluss
1011 von student*innenschaften [1] und der European Students Union [2] in der Kritik
1012 an, denn durch die künstliche Verknappung der Grundfinanzierung herrscht eine
1013 permanente Konkurrenz zwischen marktförmigen, also unternehmerischen
1014 Universitäten. Durch die wettbewerbsförmige Vergabe von Geldern staatlichen oder
1015 privaten Drittmitteln wird so eine vertikale Differenzierung von Hochschulen bis
1016 dato vor allem innerstaatlich durchgesetzt. Die Konsequenz sind einerseits
1017 wenige besser finanzierte Exzellenzuniversitäten (oder sogar nur bestimmte
1018 Fachbereiche) und viele weiterhin massiv unterfinanzierte. Vor allem aber findet
1019 in allen Hochschulen eine Ausrichtung an die Erwartungen der Drittmittel-
1020 Geber*innen und damit eine Mainstreamisierung statt, die der Wissenschaft ihren
1021 kritischen Stachel, und damit ihre bedeutendste gesellschaftliche Funktion
1022 zieht.

1023 Auf der Europa-Ebene besteht eine weitere Ebene der Differenzierung über die
1024 sehr unterschiedlichen Finanzierungssituationen staatlicher Universitäten und
1025 damit auch über die Zugangsmöglichkeiten. So ist eine soziale Öffnung in
1026 Deutschland teilweise erkämpft wurden und bis heute umkämpft, in anderen Staaten
1027 bleiben Hochschulen weiterhin einigen, wenigen Menschen vorbehalten. Die
1028 europäische Austeritätspolitik verschlechtert die Finanzierungssituation in allen
1029 Mitgliedsstaaten weiter. In dieser Situation wollen die Vorantreibenden des
1030 Netzwerks Europäischer Universitäten eine Wahrnehmung eines fortschrittlichen
1031 Charakters verbreiten. De facto sind die Vorschläge für europäische
1032 Universitäten eine weitere Verschärfung der jetzigen Situation, die die
1033 Leuchtturm-Unis der einzelnen Mitgliedsstaaten in Konkurrenz untereinander und
1034 gegen die anderen Universitäten führen soll. So können einzelne Europa-
1035 Universitäten in einer systematisch unterfinanzierten und Drittmittel-abhängigen
1036 Hochschullandschaft nicht Orte demokratischer Partizipation, emanzipatorischer
1037 Bildung und kritischer Forschung sein. Erst die bedarfsgerechte
1038 Grundfinanzierung aller europäischen Universitäten kann diesen neuen Typus von
1039 Universitäten hervorbringen, die in wirklich freier Kooperation die solidarische
1040 Forschung an gemeinsamen Problemstellungen gestalten. Diese Möglichkeit bietet
1041 ein enormes Potential an produktiver Wissenschaft, für das es an allen
1042 Universitäten zu streiten lohnt - nicht zuletzt indem lokale Bündnisse gegen die
1043 deutsche und europäische Steuer- und Austeritätspolitik gegründet werden.
1044 Weiterhin gilt es hierfür die Ungleichheit an der Universität und weltweit durch
1045 eine internationalistische Ausrichtung zurückzudrängen: Einerseits indem wir an
1046 unseren Universitäten die Selbstorganisierung von Ausländer*innen unterstützen,
1047 und den Kampf gegen die gegen sie gerichteten Repressionen als spezifischen Teil
1048 unseres allgemeinen Kampfes für eine soziale Universität, für eine allgemeine
1049 Studierendenvergütung, für ein gebührenfreies Studium und für ein inklusives
1050 Studium verstehen.

1051 Mit diesem Programm streben wir als Campusgrün, ausgehend von den Hochschulen
1052 Europas an, den europäischen Geist für ein wirklich friedliches, gerechtes und
1053 freies Europa zu verwirklichen.

1054 ¹<https://www.fzs.de/2018/10/30/kritik-an-europaeischen-netzwerk-universitaeten-internationalisierung-muss-ueberall-stattfinden/>

1056 ²<https://www.esu-online.org/?policy=statement-european-education-area>

1057 Ä3 zu A4NEU: Position von Campusgrün zur Europäischen Union und europäischen
1058 Hochschulnetzwerken (nicht angenommen)

1059 (Antragssteller: Armin Günther, CG-Hamburg)

1060 Um die Europäischen Union ranken viele Mythen. Sie gilt als Friedensgründung und
1061 Bollwerk gegen rechte Tendenzen. Die Werte Demokratie, Menschenrechte und
1062 Frieden sind, laut Eurobarometer, die von Europäer*innen am häufigsten genannten
1063 europäischen Werte (35-38%).¹ Die Geschichte der EU ist aber eine deutlich
1064 widersprüchlichere. Der Bundesverband Campusgrün erarbeitet deswegen zur
1065 Europawahl eine differenzierte Position, die mit diesen Mythen aufräumt und eine
1066 alternative Entwicklung der EU vorschlägt und setzt sich für deren Umsetzung
1067 ein.

1068 Europa war bis dato immer nur eine Schein-Gemeinschaft zur Umsetzung
1069 verschiedener Partialinteressen. Am kooperativsten war die europäische
1070 Entwicklung in zwei Projekten - dem Kapitalismus und dem Kolonialismus.

1071 Dass die EU seitjeher als Friedensgründung gilt, ist Ideologie, die wesentlich
1072 die knallharten Interessen hinter allen europäischen Integrationsprozessen²
1073 verschleiern soll: Während die europäischen Widerstandskämpfer*innen und KZ-
1074 Überlebende wirklich für eine friedliche Entwicklung der Welt kämpften, wurde
1075 „europäisch“ längst wieder das konkurrenzhaftere Geschäft fokussiert und nach
1076 außen offene Angriffskriege (Algerien, Angola und Mozambik) geführt. Schon in
1077 den 20er Jahren wurden dazu in der Weimarer Republik Konzepte einer europäischen
1078 Wirtschaftsunion erarbeitet, die deutsche Kapital- und Expansions- Interessen
1079 stützen sollte. Nach Gründung der EU wurde dieser Traum zumindest für das
1080 Kapital umgesetzt: bis heute ist die deutsche Industrie der Hauptnutznießerin
1081 der Union. Exportstaaten profitieren besonders von einer starken Währung und
1082 einem zollfreien Binnenmarkt. Anderer sind die Verlierer*innen: Staaten die
1083 schon strukturell unterfinanziert und industriell schlecht entwickelt in die EU
1084 gekommen sind, sind vor allem Absatzmarkt für deutsche Produkte und die Herkunft
1085 „günstiger“ Arbeitskräfte.

1086

1087 Andererseits ist Europa umkämpft, Fortschrittliche Kräfte kämpfen in der EU für
1088 die Europa-weite Solidarität sowie die Umsetzung von Grundrechten und
1089 Umweltschutz. Spätestens seit der Kapitalismuskrise 2008 und den darauffolgenden
1090 Austeritätspolitik und der Militarisierung nach außen steckt auch Europa in
1091 einer tiefen Krise. Überall organisieren sich Bewegungen für eine humane
1092 Einrichtung Europas und der Welt, zum Beispiel Podemos in Spanien. Gleichzeitig
1093 nehmen faschistoide Kräfte wie Salvini, Kurz und Orban enorm an Stärke zu. Die
1094 neoliberale Politik von May, Macron und Merkel, die den akuten Status Quo
1095 verteidigt, verliert weiter an Rückhalt.

1096

1097 In dieser Konfliktdimension und Situation findet auch Macrons Vorstoß für
1098 supranationale Universitäten statt, der nur eine starke EU vortäuscht. Hier
1099 schließt sich Campusgrün dem Freien Zusammenschluss von Student*innenschaften in
1100 der Kritik an, denn durch die künstliche Verknappung der Grundfinanzierung
1101 herrscht eine permanente Konkurrenz zwischen marktförmigen, also
1102 unternehmerischen Universitäten. Durch die wettbewerbsförmige Vergabe von
1103 Geldern (staatlichen oder privaten Drittmitteln) wird so eine vertikale
1104 Differenzierung von Hochschulen bis dato vor allem innerstaatlich durchgesetzt.
1105 Die Konsequenz sind einerseits wenige besser finanzierte Leuchtturm-
1106 Universitäten (oder sogar nur Fachbereiche) und viele weiterhin massiv
1107 unterfinanzierte. Vor allem aber findet in allen Hochschulen eine Ausrichtung an
1108 die Erwartungen der Drittmittel-Geber*innen und damit eine Mainstreamisierung
1109 statt, die der Wissenschaft ihren kritischen Stachel, und damit ihre
1110 bedeutendste Gesellschaftliche Funktion (speziell auch in dieser Zeit
1111 gesellschaftlicher Umbrüche) zieht.

1112

1113 Auf der Europa-Ebene besteht eine weitere Ebene der Differenzierung über die
1114 sehr unterschiedlichen Finanzierungssituationen staatlicher Universitäten und
1115 damit auch über die Zugangsmöglichkeiten. So ist eine soziale Öffnung in
1116 Deutschland erkämpft wurden und bis heute umkämpft, in anderen Staaten bleiben
1117 Hochschulen weiterhin Eliten vorbehalten. Die europäische Austeritätspolitik
1118 verschlechtert die Finanzierungssituation in allen Mitgliedsstaaten weiter. In
1119 dieser Situation wollen die Vorantreibenden des Netzwerks Europäischer
1120 Universitäten eine Wahrnehmung eines fortschrittlichen Charakters dieses
1121 verbreiten. De facto sind die Vorschläge für europäische Universitäten eine

1122 weitere Verschärfung der jetzigen Situation, die die Leuchtturm-Unis der
1123 einzelnen Mitgliedsstaaten in Konkurrenz untereinander und gegen die anderen
1124 Universitäten führen soll. So können einzelne Europa-Universitäten in einer
1125 systematisch unterfinanzierten und Drittmittel-abhängigen Hochschullandschaft
1126 nicht Orte demokratischer Partizipation, emanzipatorischer Bildung und
1127 kritischer Forschung sein.

1128

1129 Erst die bedarfsgerechte Grundfinanzierung aller europäischen Universitäten kann
1130 diesen neuen Typus von Universitäten hervorbringen, die in wirklich freier
1131 Kooperation die solidarische Forschung an gemeinsamen Problemstellungen
1132 gestalten. Diese Möglichkeit bietet ein enormes Potential an produktiver
1133 Wissenschaft, für das es an allen Universitäten zu streiten lohnt - nicht
1134 zuletzt indem lokale Bündnisse gegen die deutsche und europäische Steuer- und
1135 Austeritätspolitik gegründet werden. Weiterhin gilt es hierfür die Ungleichheit
1136 an der Universität und weltweit durch eine internationalistische Ausrichtung
1137 zurückzudrängen: In dem wir an unseren Universitäten die Selbstorganisation von
1138 Ausländer*innen unterstützen, und den Kampf gegen die gegen sie gerichteten
1139 Repressionen als spezifischen Teil unseres allgemeinen Kampfes für eine soziale
1140 Universität, für eine allgemeine Studierendenvergütung, für ein gebührenfreies
1141 Studium und für ein inklusives Studium verstehen. So setzen wir uns für ein
1142 freies Europa und eine freie Welt gegen alle rechten Reaktionen ein.

1143

1144 ¹[http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70652/europaeische-](http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70652/europaeische-werte)
1145 [werte](http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70652/europaeische-werte)

1146 ²Wehr, Andreas: Die Europäische Union, Papyrossa, Köln, 2012.

1147 ³[https://www.fzs.de/2018/10/30/kritik-an-europaeischen-netzwerk-universitaeten-](https://www.fzs.de/2018/10/30/kritik-an-europaeischen-netzwerk-universitaeten-internationalisierung-muss-ueberall-stattfinden/)
1148 [internationalisierung-muss-ueberall-stattfinden/](https://www.fzs.de/2018/10/30/kritik-an-europaeischen-netzwerk-universitaeten-internationalisierung-muss-ueberall-stattfinden/)

1149

1150 Weitere Lektüre: Bultmann, Torsten; Sablowski, Thomas: BdWi-Studienheft 11 -
1151 Krise der EU, BdWi-Verlag, Marburg, 2017.

1152 A5NEU3: Numerus Clausus: die Not muss ein Ende finden (angenommen)

1153 (Antragssteller: Bundesvorstand, beschlossen am 24.11.2018)

1154 "Solange eine Bildungspolitik nicht die erstrebte Entlastung zeitigt, (...) sind
1155 die Universitäten zur Aufrechterhaltung ihrer Funktionsfähigkeit zu
1156 Zulassungsbeschränkungen gezwungen." Dieses Zitat stammt aus dem
1157 Maßnahmenkatalog der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) vom 27. März 1968.
1158 Die eher als Numerus Clausus (NC), zu deutsch "begrenzte Anzahl", bekannten
1159 Zulassungsbeschränkungen führten dazu, dass in vielen Studienfächern nur noch
1160 eine begrenzte Anzahl an Studierenden zugelassen werden. Diese als zeitlich
1161 begrenzte Notmaßnahme eingeführten Beschränkungen bleiben bis heute bestehen,
1162 weil auch bis heute die Not, in Form von mittlerweile chronischer
1163 Unterfinanzierung, der Hochschulen weiter besteht.

1164 Unabhängig der Frage, wie ein vorübergehender Mangel an nicht ausreichend
1165 Studienplätzen bestmöglich verwaltet werden kann, muss endlich das Ziel einer
1166 bedarfsdeckenden Ausfinanzierung der Bildung gewährleistet werden. Daher fordert
1167 Campusgrün, die Hochschulen endlich ausreichend zu finanzieren, sodass wirklich
1168 alle eine reelle Chance auf einen Studienplatz ihrer Wahl haben. Seit den
1169 letzten 20 Jahren sind Hochschulen vermehrt dazu übergegangen neben
1170 Zulassungsbeschränkungen auch Zugangsbeschränkungen, meist in Form

1171 universitätseigener Auswahlverfahren einzuführen. Wir positionieren uns damit
1172 klar gegen jegliche Zulassungs- und Zugangsbeschränkungen, sowohl zu Beginn des
1173 Studiums als auch im Übergang von Bachelor- zu Masterstudium. Solange die
1174 Ressourcenausstattung allerdings noch begrenzt ist, sind Studienplätze nach für
1175 alle Studienbewerber*innen nachvollziehbaren und gerechten Kriterien zu
1176 vergeben.

1177 Zu einzelnen diskutierten Maßnahmen nimmt Campusgrün im Folgenden Stellung:

1178 Das bekannteste dieser Kriterien ist die Abiturdurchschnittsnote. Sie ist für
1179 die meisten NC-Fächer ausschlaggebend. Ergänzt wird sie durch das Kriterium der
1180 Wartezeit, welches dafür Sorge tragen soll, dass tatsächlich alle eine reelle
1181 Chance auf einen Studienplatz haben, wenn auch häufig erst nach mehreren Jahren
1182 Wartezeit. Der Wartezeit müsste eine stärkere Gewichtung zu gemessen werden,
1183 damit diese tatsächlich größere Auswirkungen haben kann. Vorteilhaft an diesen
1184 Kriterien ist, dass keine weiteren sozialen Ausschlussmechanismen zum Tragen
1185 kommen und somit die soziale Selektion des Bildungssystem nicht noch weiter
1186 verstärkt wird. Dies gilt allerdings nur insofern man außer Acht lässt, dass man
1187 sich in viele Studiengänge "einklagen" kann, wodurch wiederum sozial und
1188 ökonomisch Bessergestellte profitieren.

1189 Im Vergleich dazu treiben Auswahlverfahren, welche häufig aus einem
1190 Motivationsschreiben, fachspezifischen Test und einem Auswahlgespräch bestehen
1191 die soziale Selektion weiter voran. Insbesondere im Auswahlgespräch, welches
1192 meistens die höchste Gewichtung erhält, werden sogenannte "Soft Skills"
1193 besonders berücksichtigt. Als positiv werden dabei Eigenschaften bewertet, die
1194 denen der Auswählenden besonders ähnlich sind und bevorteilen somit
1195 Bewerber*innen mit ähnlichem sozio-ökonomischen Hintergrund. Bewerber*innen aus
1196 nicht-akademischen Elternhäusern werden benachteiligt, die soziale Struktur an
1197 den Hochschulen reproduziert. Darüber hinaus haben Motivationsschreiben in der
1198 Regel keine besondere Aussagekraft, sie führen zu einem enormen Arbeitsaufwand
1199 auf beiden Seiten und zur Entstehung feststehender Floskeln, wie sie von
1200 Arbeitszeugnissen bekannt sind. Deswegen lehnt Campusgrün Auswahlverfahren, die
1201 ein Motivationsschreiben fordern oder ein Auswahlgespräch beinhalten, als
1202 Alternative zur Abiturdurchschnittsnote ab.

1203 Darüber hinaus sind zentrale Verfahren lokalen vorzuziehen, da so der Aufwand
1204 für Bewerber*innen, die sich auf mehrere Studienplätze bundesweit bewerben,
1205 reduziert wird.

1206 Weitergehend fordert Campusgrün, dass soziale Faktoren, beispielsweise in Form
1207 von Quoten für Kinder von Nicht-Akademiker*innen, bei der Auswahl ebenfalls
1208 Einfluss finden.

1209 -----

1210 1 Grundrecht auf freie Wahl des Berufs und der Ausbildungsstätte (Art. 12 GG)

1211 <http://www.campusgruen.de/themen/beschluesse/10511327.html>

1212 <http://www.campusgruen.de/themen/beschluesse/225822.html>

1213 <http://www.campusgruen.de/aktuelles/presse/10511335.html>

1214 https://www.deutschlandfunk.de/50-jahre-numerus-clausus-die-dauerhafte-notloesung.871.de.html?dram:article_id=414004